

Entwurf der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit E-Mail vom 28. November 2014

Resolution des Stadtrates von Rotenburg (Wümme) zu TTIP, CETA und TISA

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA werden in geheimen Verhandlungen, unter Beteiligung internationaler Konzerne, geführt. Ziel ist die Beseitigung von Handelshemmnissen. Hinter diesem Ziel verbirgt sich nicht nur die in manchen Bereichen durchaus sinnvolle Angleichung von Vorschriften. Es soll ein Investorenschutzsystem eingerichtet werden, das internationalen Konzernen das Recht einräumt, Staaten vor geheim tagenden und demokratisch nicht legitimierten Schiedsstellen außerhalb des bestehenden Rechtssystems auf entgangenen Gewinn zu verklagen. Sind die Freihandelsabkommen erst einmal verabschiedet, sind sie unumkehrbar.

Die Freihandelsabkommen hätten enorme Auswirkungen auf den kommunalen Bereich und die Bürgerinnen und Bürger von Rotenburg:

- Verbot von Gentechnik, giftigen Chemikalien, hochriskanten Finanzspekulationen oder Hormonfleisch sind Handelshemmnisse, die nach dem Willen der Konzerne abgeschafft werden sollen
- Verbot von Fracking, eine giftfreie Landwirtschaft, ein Ausstieg aus Atomkraft und Kohle kann durch die Freihandelsabkommen verhindert werden
- Internationalen Unternehmen soll ein verbesserter Marktzugang zu öffentlichen Aufträgen sichergestellt werden; Leistungen der Daseinsvorsorge, z. B. der Wasserversorgung und der Abwasser- und Abfallentsorgung, des ÖPNV, des Bildungs- und Gesundheitssektors sollen privatisiert werden. Eine Rekommunalisierung dieser Leistungen soll ausgeschlossen werden.

Der Stadtrat von Rotenburg (Wümme) unterstützt darüber hinaus das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände DST, DLT, DStGB und des VKU.

Der Stadtrat von Rotenburg (Wümme) fordert die Mitglieder der gesetzgebenden, rechtsprechenden und regierenden Institutionen auf Kreis-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene auf, die in dieser Resolution enthaltenen Argumente zu vertreten und ihnen Geltung zu verschaffen. Der Bürgermeister wird gebeten, diese Resolution an die genannten Institutionen zu übermitteln.